



Basel, 17. Oktober 2006

Gemeinsame Erklärung im Vorfeld des Basler Symposiums „Globale Gesundheit: eine Herausforderung für die schweizerische Aussenpolitik“ vom 2. November 2006

Für eine solidarische Gesundheits-Aussenpolitik der Schweiz Erwartungen der Mitglieder des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz

Was ist Innenpolitik, was Aussenpolitik? Im Gesundheitsbereich zeigt sich im Zeitalter von Vogelgrippe und Aids, wie die Grenzen von Innenpolitik und Aussenpolitik verschwimmen. Die Schweiz ist nicht in der Lage, ihre Gesundheitsprobleme alleine zu lösen; andererseits muss sie solidarisch ihren Beitrag zur Verbesserung der Weltgesundheit leisten. Durch die wachsende internationale Vernetzung und die Zunahme von globalen Problemen und Lösungsstrategien ist die Schweiz aber auch über den Gesundheitsbereich hinaus gefordert, ihre Aussenpolitik als Teil einer „Welt-Innenpolitik“ neu zu positionieren.

Mehr Koordination, mehr Kohärenz. Der schweizerische Bundesrat hat an seiner aussenpolitischen Retraite im Sommer 2005 einen bemerkenswerten Prozess der Verbesserung von Koordination und Kohärenz der schweizerischen Aussenpolitik in verschiedenen Schlüsselsektoren eingeleitet: *„Der Bundesrat hat beschlossen, aussenpolitische Zielvereinbarungen zwischen dem EDA und den sektoriell federführenden Departementen einzuführen. Die Zielvereinbarungen bezwecken in wichtigen Themenbereichen von internationaler Relevanz (z.B. Gesundheit, Wissenschaft und Forschung) durch die Festlegung gemeinsamer mittelfristiger Ziele und interner Austausch- und Absprachemechanismen die Koordination und Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik als Ganzes zu verbessern.“*¹

Die internationale Gesundheitszusammenarbeit darf keine Alibiübung sein! Das Netzwerk Medicus Mundi Schweiz hat die Entwicklung einer Gesundheits-Aussenpolitik aufmerksam verfolgt und wartet gespannt auf das Resultat des verwaltungsinternen Prozesses.

Die im Netzwerk zusammengeschlossenen 48 Organisationen sind in Gesundheitsprojekten und -programmen in der ganzen Welt tätig und leisten, jede auf ihre Art und an ihrem Ort, wichtige Beiträge zur Verbesserung der Gesundheit benachteiligter Bevölkerung. Aufgrund unserer Erfahrungen mit Erfolgen und Rückschlägen sind wir überzeugt, dass die globale Gesundheitskrise überwunden werden kann – aber nur, wenn alle am selben Strick ziehen.

In ihrem Manifest „Gesundheit für alle. Ein realistisches Ziel“ haben die schweizerischen Organisationen der internationalen Gesundheitszusammenarbeit vor zwei Jahren festgehalten: *„In einer globalisierten Welt können die von schweizerischen Organisationen im Ausland erbrachten Anstrengungen zur Verbesserung der Gesundheit armer und benachteiligter Bevölkerungen missverstanden werden: als Alibiübung, als humanitärer Mantel einer sonst harten und inhuman agierenden Schweiz, als die eine*

¹ Bericht des Bundesrats über seine Geschäftsführung und die Schwerpunkte der Verwaltungsführung im Jahre 2005 vom 15. Februar 2006

Hand, die weniger gibt als das, was die andere Hand bereits weggenommen hat. Wir gelangen deshalb mit der politischen Forderung nach Gesundheit für alle an die Behörden, an die Wirtschaft, an die Öffentlichkeit und versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten, Einfluss auf die Aussen-, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik der Schweiz zu nehmen.“²

Welche Ziele, Prioritäten, Kontrollmechanismen? Wenn jetzt also hinter verschlossenen Berner Türen an einer schweizerischen Gesundheits-Aussenpolitik gearbeitet wird (wurde?), dann steht für die Organisationen der internationalen Gesundheitszusammenarbeit nicht die Verbesserung der Koordination in der Bundesverwaltung im Zentrum des Interesses. Für uns entscheidend sind die grundsätzlichen Zielsetzungen und Prioritäten sowie die Kontrollmechanismen der schweizerischen Gesundheits-Aussenpolitik.

Unabhängig vom Ausgang des verwaltungsinternen Prozesses widmet das Netzwerk Medicus Mundi Schweiz deshalb das diesjährige Symposium der schweizerischen Gesundheitszusammenarbeit vom 2. November 2006 dem Thema „Globale Gesundheit – eine Herausforderung für die schweizerische Aussenpolitik“. Wir verstehen die Tagung nicht als akademische Übung, sondern als Plattform für einen offenen politischen Dialog um Ziele und Interessen, Strategien und Prioritäten im Bereich der Internationalen Gesundheit.

Für eine solidarische Gesundheits-Aussenpolitik der Schweiz. Es entspricht dem Grundverständnis einer Demokratie, dass die BürgerInnen und die Organisationen der Zivilgesellschaft ihrer Verantwortung nachkommen und sich zu Wort melden, wenn sie etwas zu sagen haben. Deshalb wollen auch die im Netzwerk Medicus Mundi Schweiz zusammengeschlossenen Organisationen die Erkenntnisse aus ihren Anstrengungen zur Verbesserung der Gesundheit armer und benachteiligter Bevölkerungen in den politischen Prozess einbringen: Mit dem vorliegenden Diskussionsbeitrag formulieren wir unsere Erwartungen an eine der Welt verbundene, solidarische und kohärente Gesundheits-Aussenpolitik der Schweiz.

Erwartungen der Mitglieder des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz

1. Für eine schweizerische Aussenpolitik der selbstverständlichen Solidarität

Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bundesverfassung der Schweiz³

Ich vertrete die These, dass wir materielle Interessen letztlich ohne das Eintreten für ideelle Interessen nicht effektiv wahren können. EDA-Staatssekretär Michael Ambühl⁴

Die Ziele der schweizerischen Aussenpolitik werden in der Bundesverfassung radikal und eindeutig formuliert: die Schweiz trägt zur Linderung von Not und Armut in der Welt und zur Achtung der Menschenrechte bei, Punkt. Die Bundesverfassung bekräftigt damit die Tradition einer humanitären, solidarischen Schweiz.

Doch scheint dies heute nicht mehr zu genügen: Der solidarische Beitrag der Schweiz an die internationale Gemeinschaft, das Mittragen der Verantwortung für die zum Dorf gewordene Welt muss dem Publikum immer wieder neu begründet und schmackhaft gemacht werden. Dies geschieht in der Regel durch eine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse („es lohnt sich, in Entwicklung zu investieren“) oder durch diplomatische Spielregeln („Politik ist ein Geben und Nehmen“). Diese Argumente stimmen ja durchaus, doch greifen sie zu kurz.

Wir erwarten, dass sich die schweizerische Aussenpolitik auf die humanitäre Tradition der Schweiz und auf den Auftrag der Bundesverfassung besinnt und sich ohne wenn und warum für die Linderung von Not und Armut und die Achtung der Menschenrechte in der Welt einsetzt.

² Gesundheit für alle. Ein realistisches Ziel. Manifest des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz, 3. November 2004

³ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Art. 54

⁴ Referat vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, 29. November 2005

2. Für einen hohen Stellenwert des Menschenrechts auf Gesundheit

Förderung und Schutz der Gesundheit von Menschen ist die Basis, von der eine ökonomische und soziale Entwicklung gestützt wird; sie trägt bei zu einer besseren Lebensqualität und zum Weltfrieden. Ein soziales Hauptziel der Regierungen, der internationalen Organisationen und der Gemeinschaft der ganzen Welt sollte in den kommenden Dekaden sein, dass bis zum Jahr 2000 alle Völker einen Gesundheitszustand erreicht haben werden, der es ihnen erlaubt, ein sozial und wirtschaftlich produktives Leben zu führen. Erklärung von Alma Ata, 1978⁵

Lange ist es her seit der von der Schweiz mit unterzeichneten Erklärung der Konferenz von Alma Ata. Aus dem damals gesteckten Ziel „Gesundheit für alle im Jahr 2000“ ist nichts geworden. Wer sich heute wie das Netzwerk Medicus Mundi Schweiz für „Gesundheit für alle“ ausspricht, hat Erklärungsbedarf, denn allzu utopisch erscheint dieses Ziel.⁶

Dennoch – und das spricht leider nicht für die Verbesserung der weltweiten Gesundheit in den letzten 30 Jahren – besteht heute wiederum ein weltweiter Konsens über die Schlüsselrolle der Gesundheit für die menschliche und soziale Entwicklung, aber auch für die internationale Sicherheit und die wirtschaftliche Prosperität.

Nicht nur die Weltgesundheitsorganisation, auch die UNO-Vollversammlung beschäftigt sich heute mit der weltweiten Gesundheitskrise und ihren Folgen. Die globale Gesundheit wurde in den letzten Jahren zum Teil der „hohen“ Politik. Mit der Formulierung der UNO-Millenniumsziele ist ihr Stellenwert nochmals massiv gestiegen: Drei von acht UNO-Entwicklungszielen respektive -indikatoren betreffen den Gesundheitsbereich.

UNO Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015

Ziel 4: Die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu reduzieren

Ziel 5: Die Müttersterblichkeit um drei Viertel zu reduzieren

Ziel 6: Die Ausbreitung von HIV/AIDS, Tuberkulose und anderen Krankheiten zu stoppen und zurückzudrängen

Kasten 1. Quelle: UNO⁷

Dass auch die Menschen und Regierungen der reichen Länder zu einer neuen Einschätzung der Bedeutung der globalen Gesundheit gekommen sind, hat verschiedene Gründe. Eine wichtige Rolle spielte die von Patientenorganisationen seit beinahe einem Jahrzehnt geführte Kampagne für einen besseren Zugang der mit dem HI-Virus infizierten Menschen zu antiretroviralen Medikamenten. Die Appelle zur Solidarität mit den durch die Aidsepidemie in ihrer Existenz bedrohten Menschen und Gesellschaften stiessen auch bei uns auf erstaunliches Gehör.

Gleichzeitig belegten fundierte und einleuchtende Studien, dass es sich auch ökonomisch lohnt, in die globale Gesundheit zu investieren.⁸ Und die Verknüpfung von nationaler und globaler Gesundheit wurde ganz direkt fassbar, als zunächst SARS, dann die Vogelgrippe unmittelbar vor unserer Türe standen und wir uns unsere eigene Vorstellung machen konnten, dass diesen Plagen alleine durch Massnahmen auf nationaler Ebene nicht beizukommen ist. Und diese Geschichte ist ja noch lange nicht ausgestanden...

Wenn wir also fordern, dass die globale Gesundheit in der schweizerischen Politik mehr Gewicht erhält, rennen wir zunächst scheinbar bereits offene Türen ein. Und doch stellen wir fest, dass den Konjunkturren der nationalen und internationalen Gesundheitskrisen und der damit verbundenen kurzlebigen Aufmerksamkeit noch keine Paradigmenänderung in der Politik gefolgt ist. Auf Krisen wird mit Krisenmanagement reagiert. Daneben bleibt Gesundheit in der Politik ein Nischenthema und ist nicht zur Hauptsache geworden.

Wir erwarten, dass die schweizerische Politik dem Gesundheitsbereich die ihm zustehende Bedeutung zumisst und sich verstärkt auf das Recht aller Menschen auf Gesundheit ausrichtet.

⁵ Declaration of Alma-Ata, International Conference on Primary Health Care, Alma-Ata, USSR, 6-12 September 1978, www.who.int/hpr/NPH/docs/declaration_almaata.pdf

⁶ Gesundheit für alle. Ein realistisches Ziel. Manifest des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz. 3. November 2004

⁷ www.un.org/millenniumgoals/

⁸ World Bank: World development report 1993: investing in health; WHO Commission on Macroeconomics and Health: Investing in Health for Economic Development, 2001

3. Für eine kohärente, umfassende und glaubwürdige Gesundheits-Aussenpolitik

Entwicklungsbezogene politische Kohärenz soll in erster Linie gewährleisten, dass keine Nachteile geschaffen werden. Sie soll sicherstellen, dass Fortschritte bei den international vereinbarten Entwicklungszielen nicht durch politische Massnahmen untergraben werden, welche vorrangig anderen Zielen dienen. Bundesrat⁹

Gewisse Zielkonflikte können nicht so ohne weiteres aus der Welt geschaffen werden. Eine gute Politik versucht, in solchen Situationen vernünftige Kompromisse zu finden. Sie kann aber auch in Situationen geraten, wo es Zwischenlösungen nicht gibt - dann heisst es, Position zu beziehen." Bundesrätin Micheline Calmy-Rey¹⁰

Politik ist kein Ort der Harmonie, sondern Spiegel und Austragungsort von Konflikten zwischen divergierenden Zielen und Interessen in einer Gesellschaft, einem Staat. Dies gilt auch für die Gesundheits-Aussenpolitik.

Doch geht es nicht an, auf der einen Seite Solidarität zu predigen, um auf der anderen Seite „realpolitisch“, etwa in der Frage des Patentschutzes, einseitig auf die Vertretung der Interessen der schweizerischen Wirtschaft zu setzen. Und es reicht auch nicht, den Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit armer und benachteiligter Bevölkerungen als Alibiübung an die staatliche und private Entwicklungszusammenarbeit zu delegieren.

Viele Schlüsselbereiche zur Erreichung von Gesundheit für alle - die Schaffung sozialer Stabilität und Sicherheit, die Überwindung von Armut, der Zugang zu Bildung und Arbeit, zu Trinkwasser und Nahrung, der Kampf gegen Gewalt und Unterdrückung und der Einsatz für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen – liegen ausserhalb des Gesundheitsbereichs. Die Verbesserung dieser Gesundheitsdeterminanten wird so auch zum Prüfstein für eine kohärente, glaubwürdige Wirtschafts- und Menschenrechtspolitik der Schweiz.

Wir erwarten, dass die Verbesserung der für die Gesundheit der Menschen grundlegenden Faktoren in alle Bereiche der Schweizerischen Politik einfließt, indem in jedem Fall die Frage gestellt wird: welche Auswirkung hat diese Haltung, diese Politik auf die Gesundheit der Menschen?

4. Für eine Prioritätensetzung, die über das Eigeninteresse hinaus geht

Die Verschränkung von Innen- und Aussenpolitik ist sozusagen der Preis, den wir für die Globalisierung zahlen. Damit wird die Entwicklungszusammenarbeit nicht nur zu einem freiwilligen solidarischen Akt. Vielmehr ist sie eine Notwendigkeit, um unsere Eigeninteressen in einer interdependenten Welt durchsetzen zu können. Politik wird so zu einem ständigen Dialog zwischen nationalen Interessenlagen und globalen Problemfeldern. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey¹¹

Ein schnelles und international koordiniertes Handeln in der Eindämmung der Vogelgrippe und in der Prävention und Vorbereitung auf eine mögliche Pandemie unter Menschen ist unabdingbar. Andrea Ries und Daniel Cavegn¹²

Natürlich wird jede Gesundheits-Aussenpolitik einen Schwerpunkt auf diejenige Gesundheitsprobleme legen, die die Gesundheit und das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung beeinträchtigen. Doch gibt es daneben globale Gesundheitsprobleme, zu deren Lösung die Schweiz mit ihrer Finanzkraft und ihrem Wissen besonders beitragen kann und muss.

Gesundheits-Aussenpolitik beinhaltet in unserem Verständnis somit nicht nur die ins Ausland verlagerten Massnahmen einer schweizerischen Gesundheitsinnenpolitik. Sie beinhaltet vor allem und in erster Linie den schweizerischen Beitrag zur Lösung der globalen Gesundheitsprobleme im Rahmen der Weltgemeinschaft.

Wir erwarten von der schweizerischen Gesundheits-Aussenpolitik, dass sie ihre Prioritäten nicht nur am Naheliegenden und am Eigeninteresse orientiert, sondern an der Verbesserung der Gesundheit und der Grundlagen der Gesundheit aller Menschen weltweit.

⁹ Millenniumsentwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2005, Mai 2005

¹⁰ Vortrag vor der volkswirtschaftlichen Gesellschaft Zürich, 10. April 2003 in Zürich

¹¹ Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre HELVETAS Entwicklung – die globale Herausforderung

¹² Andrea Ries und Daniel Cavegn, Globale öffentliche Güter und die Schweizer Aussenpolitik, in: Politorbis 39 (3/2005): Globale öffentliche Güter.

5. Für die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel im Gesundheitsbereich

Mit ihrer grossen Exportwirtschaft, ihrem international gewichtigen Finanzplatz und als Sitz bedeutender Schlüsselindustrien und internationaler Organisationen trägt die Schweiz eine wichtige globale Verantwortung und verfügt gleichzeitig über ausreichenden Handlungsspielraum, um diese Verantwortung wahrzunehmen. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey¹³

Die Schweiz ist gegenwärtig im Gesundheitsbereich zwar an vielen Fronten tätig, doch die in diesen Bereich fliessenden Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sind bescheiden. Bundesrat¹⁴

Noch nie hatte die Menschheit so grosse technische und finanzielle Ressourcen, um die Probleme von Armut und Ungerechtigkeit zu lösen und um die weltweiten Gesundheitsprobleme zu bewältigen – und dennoch so wenig daraus gemacht. Wenn nun auch die Schweiz der internationalen Gesundheit neue Aufmerksamkeit schenkt, wenn sie bereit ist, zur Lösung der weltweiten Gesundheitsprobleme beizutragen, so ist dies weder kostenlos oder durch blosser Budgetkosmetik zu erreichen.

Die an und für sich gut gemeinte Argumentation, dass alle Investitionen in die menschliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung und somit die gesamte Entwicklungszusammenarbeit schlussendlich der Gesundheit der Menschen zugute kommt, greift zu kurz. Auch kann der Slogan der Eigenverantwortung für die Gesundheit nicht vom speziellen Gesundheitsförderungskontext in einem reichen Land – wo er auch immer wieder an seine Grenzen stösst – auf die Verbesserung der weltweiten Gesundheit übertragen werden.

A Global Health Agenda 2006-2010

The analysis of the past and our understanding of the present challenges and gaps in the response show that future progress, with less health inequality, requires strong political will, integrated policies and broad participation. Any significant progress towards the health-related Millennium Development Goals will require action in many sectors and at all levels – individual, community, national, regional and global. To deal with some of the underlying determinants of health, a global framework for a health promotion strategy is needed. The agenda outlined here is for all the stakeholders, not just WHO. It highlights seven priority areas:

1. Investing in health to reduce poverty;
2. Building individual and global health security;
3. Promoting universal coverage, gender equality, and health-related human rights;
4. Tackling the determinants of health;
5. Strengthening health systems and equitable access;
6. Harnessing knowledge, science and technology;
7. Strengthening governance, leadership and accountability.

Kasten 2. Quelle: WHO¹⁵

Gesundheit kommt nicht von selbst und ist nicht blosses Nebenprodukt der allgemeinen Entwicklung. Es braucht spezifische Massnahmen im Gesundheitsbereich, insbesondere bei der Verbesserung des Zugangs aller Menschen zu Leistungen des Gesundheitsbereichs, die ihnen helfen, ihre Gesundheit zu fördern und zu erhalten, Krankheiten vorzubeugen und bestehende Krankheiten und Gebrechen zu behandeln und zu pflegen. Als reiches Land, welches stark von den durch die internationale Gemeinschaft geschaffenen Rahmenbedingungen für ihre wirtschaftliche Entwicklung profitiert, kann sich die Schweiz nicht den Erwartungen der übrigen Staaten nach einer angemessenen finanziellen Beteiligung an internationalen Verpflichtungen (burden sharing) verschliessen.¹⁶

Wir erwarten von der Schweiz, dass sie ihren finanziellen Beitrag an die Lösung der weltweiten Gesundheitsprobleme ihren Möglichkeiten und ihrer Verantwortung anpasst.

¹³ Rede von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Zürich an der Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre HELVETAS Entwicklung – die globale Herausforderung

¹⁴ Schweizerischer Bundesrat, Millenniumsentwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2005, Mai 2005

¹⁵ A Global Health Agenda. Draft Eleventh General Programme of Work, 2006-2015 (World Health Assembly, 2006), www.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA59/A59_25-en.pdf mit weitergehenden Erläuterungen zu jedem der genannten prioritären Aktionsfelder.

¹⁶ nach: Andrea Ries und Daniel Cavegn, Globale öffentliche Güter und die Schweizer Aussenpolitik, in: Politorbis 39 (3/2005): Globale öffentliche Güter - Die Globalisierung

6. Für Transparenz und demokratische Mitbestimmung auf nationaler und internationaler Ebene

„Ich möchte Sichtbarkeit und Transparenz für die Aussenpolitik. Dies entspricht der Tradition unseres Landes: Die Instrumente der direkten Demokratie geben dem Schweizer Volk eine einmalige Verantwortung im Bereich der Aussenpolitik; das hat aber zur Folge, dass die Öffentlichkeit informiert und am Entscheidungsprozess beteiligt werden muss.“ Bundesrätin Micheline Calmy-Rey¹⁷

Es stellt sich schliesslich die Frage: wer bestimmt eigentlich die Themen und Prioritäten der aussenpolitischen Agenda der Schweiz? Wer definiert, was ein „internationales Problem“ ist, auf das die Schweiz reagieren muss, wer formuliert die Eckpfeiler und Grundwerte einer kohärenten schweizerischen Aussenpolitik, wer überwacht deren Umsetzung?

Der Umgang mit Transparenz und demokratischer Mitbestimmung wird gerade in der Aussenpolitik zum Prüfstein einer Regierung und einer Gesellschaft: Hier zeigt sich, wie Legitimation und Kontrollmechanismen, die ja die Grundlagen unseres Vertrauens in den Staat bilden, funktionieren.

Dies gilt auch auf internationaler Ebene: Gerade in den Bereichen der internationaler Politik, die für die Gesundheit der Menschen bestimmend sind, definieren grosse, oft undemokratisch organisierte Akteure wie die Welthandelsorganisation WTO und die Weltbank, aber auch einzelne Staaten (USA) und Staatengruppen sowie transnational agierende Unternehmen die Agenda. Zahlreiche internationale Gesundheitsprogramme richten sich nicht nach der Nachfrage, den Bedürfnissen der Menschen und der Staaten, sondern nach den Interessen und Ideen finanzstarker private Partner und Geldgeber.

In diesem Powerplay der Grossen und Mächtigen, in diesem Durcheinander verschiedenster Akteure verringert sich der Einfluss der Staaten und ihrer Organisationen. Es liegt an der Staatengemeinschaft – und an jedem einzelnen Staat – sich hier ihren Gestaltungsspielraum zurückzuerobern und den verbindlichen Rahmen einer Weltinnenpolitik – im Gesundheitsbereich im Sinne einer globalen öffentlichen Gesundheit – zu gestalten. Dazu dringend notwendig ist die demokratische Reform aller multilateralen Organisationen.

Wir erwarten vom Bundesrat, dass er den Prozess der Bestimmung von Zielen und Prioritäten seiner Gesundheits-Aussenpolitik demokratisch und transparent gestaltet und gegenüber dem Parlament periodisch Rechenschaft über den Stand der Zielerreichung ablegt.

Wir erwarten von der schweizerischen Gesundheits-Aussenpolitik, dass sie sich in erster Linie an den von der internationalen Gemeinschaft im Rahmen von UNO und WHO formulierten Prioritäten und Strategien der internationalen Gesundheit orientiert.

Und wir erwarten von einer kohärenten und glaubwürdigen Gesundheits-Aussenpolitik, dass sie sich auch auf internationaler Ebene für demokratische, faire und transparente Verhandlungsprozesse und Partizipationsmechanismen in den multilateralen Gremien einsetzt.

Die Mitglieder des Netzwerks
Medicus Mundi Schweiz

(Liste der mitunterzeichnenden Organisationen im Anhang)

¹⁷ Schweizerische Aussenpolitik in einer schwierigen Zeit, Vortrag gehalten von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Café National, Aarau, 12. Juni 2003

Die 48 Mitglieder des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz:

1. Aids-Hilfe Schweiz
2. Aids & Kind
3. AO International
4. Association Solidarité avec les Villages du Bénin
5. Association Suisse Raoul Follereau
6. Basler Förderverein für medizinische Zusammenarbeit
7. Bündner Partnerschaft Hôpital Albert Schweitzer, Haïti
8. Calcutta Project
9. Christoffel Blindenmission (CBM Schweiz)
10. CO-OPERAID
11. cooperation@epfl
12. DM – Echange et Mission
13. Enfants du Monde
14. Fondation PH Suisse
15. Fondation Sociale Suisse du Nord Cameroun
16. Fondation Suisse pour la Santé Mondiale
17. Förderverein für Otorhinolaryngologie
18. Freunde Behindertenintegration Kamerun FBK
19. Gemeinschaft der St. Anna Schwestern
20. Gruppe für Entwicklungszusammenarbeit Basel (GEAB)
21. GRUHU
22. Handicap International, Sektion Schweiz
23. Hilfsverein für das Albert Schweitzer-Spital Lambarene
24. IAMANEH Schweiz
25. Institut Universitaire d'Etudes du Développement
26. INTERTEAM
27. JURA-AFRIQUE, Programme Santé
28. Kinderhilfe Bethlehem
29. Leprahilfe Emmaus Schweiz
30. Lungenliga Schweiz
31. Médecins du Monde-Suisse
32. medico international Schweiz
33. mediCuba-Suisse
34. mission 21
35. Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung
36. Pharmaciens sans Frontières Suisse
37. PLANeS – Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit
38. Schweizerische Gesellschaft für Tropenmedizin und Parasitologie
39. Schweizer Indianerhilfe
40. Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe SKH
41. Schweizerisches Rotes Kreuz, Internationale Zusammenarbeit
42. Schweizerisches Tropeninstitut
43. Schweizerische Vereinigung für Orthopädie in Tansania
44. Secours Dentaire International
45. SolidarMed
46. Stiftung Terre des Hommes
47. Verbindung der Schweizer Ärzte FMH
48. Verein Partnerschaft Kinderspitäler Biel-Haiti

Medicus Mundi Schweiz. Netzwerk Gesundheit für alle

Murbacherstrasse 34 · Postfach · CH-4013 Basel
Telefon +41 (0)61 383 18 10 · info@medicusmundi.ch
www.medicusmundi.ch · Postkonto 40-30338-0

Kontakt: Thomas Schwarz, Co-Geschäftsführer